

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 19 Pfg. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dauter).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 35 Pf., Familienamt, 10 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 62.

Berlin, Mittwoch, 12. August 1908.

Dreizigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Kampf in Stettin. — Aus den Berichten der
preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907. —
Unternehmerterritorialismus. — Allgemeine Rundschau. — Ge-
werksvereins-Leit. — Verbands-Leit. — Literatur. — An-
zeigen-Leit.

Der Kampf in Stettin.

Die Differenzen, in welche die Rieter des
„Bulkan“ in Stettin verwickelt worden sind, haben
eine Ausdehnung gewonnen, an die wohl anfangs
niemand gedacht hat. Denn es steht zu erwarten,
dass nahezu 50 000 Arbeiter mit ihren Familien
in den Konflikt hineingezogen werden.

Als der Kampf begann, hatten die Rieter die
allgemeinen Sympathien durchaus auf ihrer Seite.
Als jedoch die Einigungsverhandlungen mit der
Direktion eingeleitet waren, stellten sie Forderungen,
die weit über das Maß desjenigen hinausgingen,
was zu ihrer Aussperrung geführt hätte. Von
diesem Augenblick an änderte sich die Situation.
Die beteiligten Arbeiterorganisationen forderten die
Rieter auf, die Bedingungen der Direktion anzunehmen.
Letztere hätten dies um so eher gekonnt,
als die Differenz im wesentlichen nur noch darin
bestand, dass sie bereit waren, 3 mal je 1 1/2 Ueber-
stunden pro Woche zu machen, während die Be-
triebsleitung des „Bulkan“ 4 mal je 1 1/2 Ueber-
stunden für notwendig erklärte.

Die Rieter jedoch lehnten es ab, auf ihre
Forderungen zu verzichten, obgleich eine Versamm-
lung der Vertrauensleute mit ganz überwältigender
Mehrheit sie aufgefordert hatte, die Arbeit wieder
aufzunehmen. Auch die Organisationsleiter haben
nichts unterlassen, die Rieter zur Wiederaufnahme
der Arbeit zu bewegen. Ihre Bemühungen aber
sind vergeblich gewesen. So kam es, dass den
Rietern sogar seitens der Organisation jede Unter-
stützung verweigert wurde.

Diese kurze Darstellung zeigt, dass jedenfalls
die Organisationen alles versucht haben, was ge-
eignet war, den Frieden auf dem „Bulkan“ wieder
herzustellen. Ununterbrochen soll es für heute bleiben,
ob nicht vorher durch unvernünftiges Festhalten
von gewisser Seite die Rieter in die Bewegung hinein-
gedrückt worden sind. Für jetzt besteht die Tat-
sache, dass die Arbeiterorganisationen das Verhalten
der Rieter mißbilligen und unter allen Umständen
von ihnen verlangen, daß sie die Bedingungen der
Direktion annehmen.

Wir sprechen den Unternehmern keineswegs
das Recht ab, sich in einem Kampfe mit allen
Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu
wehren. Sie müssen aber ihre Waffen gegen die
jüngsten wenden, die ihnen den Kampf aufzwingen.
In diesem Falle, wo die Organisationen der Ar-
beiter an ihrer Friedensliebe auch nicht den
geringsten Zweifel gelassen haben, ist es völlig
ungerechtfertigt, daß die Unternehmer Aussperrungen
vornehmen, die weit über die Kreise der Be-
teiligten hinausgehen. Denn nicht allein, daß der
„Bulkan“ seinen Betrieb vollständig geschlossen hat,
wird die Gruppe Deutscher Schiffswerften sämt-
liche ihr angeschlossene Werften am 12. August
zum Stillstand bringen. Außerdem haben bereits
am vergangenen Sonnabend die größten Betriebe
der Metallindustrie von Stettin ihre Drohung
wahr gemacht, daß sie 60 Prozent der von ihnen
beschäftigten Arbeiter entlassen wollen. Wird dieser
Beschluß überall durchgeführt, so würden nicht
weniger als rund 45 000 Arbeiter von der Aus-
sperung betroffen werden.

In einen Erfolg für die Arbeiter in diesem
Kampfe ist nicht zu denken. Die Rieter, die ihn
heraufbeschworen haben, haben damit eine große
Verantwortung auf sich geladen. Ueber mehr als
100 000 Menschen haben sie bittere Not gebracht,
und es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß
sie in richtiger Erkenntnis der Sachlage die Arbeit
unter den ihnen gestellten Bedingungen wieder
aufnehmen.

Aber auch die Verantwortung, die die Unter-
nehmer in diesem Falle zu tragen haben, ist un-
geheuer schwer. Die öffentliche Meinung kann sich
in dem Kampfe nicht auf ihre Seite stellen. Nach-
dem die Führer der Organisationen sich redlich
bemüht haben, die Rieter zur Nachgiebigkeit zu
bewegen, durften sie dieses schwere Geschick nicht
aufzuheben. Die Aussperrung hätte unbedingt unter-
bleiben müssen.

Der Kampf ist da! Er muß durchgeführt
werden. Die Organisationen werden ihre Pflichten
den Mitgliedern gegenüber getreulich erfüllen. Zu
den Ausgesperrten gehört aber auch eine große
Zahl von Arbeitern, die erst vor kurzem in die
Organisation eingetreten sind. Auch die ver-
schiedenen Ortsvereine unserer Organisation haben
Hunderterte von Neuaufnahmen zu verzeichnen. Diese
Kollegen sind natürlich nach dem Statut noch nicht
unterstützungsberechtigt, können aber nicht ohne
Unterstützung bleiben. Wohl können die großen
Gewerksvereine selbst für sich sorgen. Aber auch die
kleineren Vereine sind stark beteiligt, weshalb wir
auch an dieser Stelle an den Opfermut der Ver-
bandsangehörigen und -Genossen im Reich appellie-
ren. Wohl in allen Ortsvereinen bestehen Lokal-
kassen, Vergnügungsfonds u. dergl., aus denen
sehr wohl ein kleiner Betrag zur Unterstützung der
Ausgesperrten entnommen werden könnte. Auch
werden die Kollegen selbst gern ein kleines Opfer
bringen und aus eigenen Mitteln einen, wenn
auch noch so geringen Betrag zur Unterstützung
der Nichtbezugsberechtigten beisteuern. Die Ver-
bandsleitung ist gern bereit, Beiträge entgegen-
zunehmen, und sind etwaige Sammelgelder an den
Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/23, einzusenden. Ueber die
eingegangenen Beiträge wird im „Gewerksverein“
quittiert werden.

Die Zeiten sind ernst. Doppelt gibt, wer
schnell gibt!

So sehr wir wünschen, daß der Kampf in
Stettin recht schnell ein Ende nimmt, so muß doch
damit gerechnet werden, daß er noch längere Zeit
andauert. Wir sind überzeugt, daß unsere Mit-
glieder in der Erkenntnis des Ernstes der Situation
ihren Mann stehen und ihre Schuldigkeit in jeder
Beziehung tun werden.

Aus den Berichten der preussischen Ge- werbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907.

Die letzten Berichte der preussischen Fabriken-
inspektoren unterscheiden sich von ihren Vorgän-
gern vorteilhaft dadurch, daß sie neben der rein
geschäftsmäßigen Aufzählung der Tatsachen auch
allgemeine Beobachtungen und Beurteilungen
bringen, wodurch der frühere nüchterne Eindruck
zurückgedrängt wird und das Ganze viel mehr
Wärme und Leben erhält. Es geht aus ihnen,
ebenso wie aus den Berichten der übrigen Bun-
desstaaten, mit aller Deutlichkeit hervor, daß noch
zu Beginn des Jahres 1907 die Industrie im

Zeichen der Hochkonjunktur stand und in allen Er-
werbszweigen eine rege und angespannte Tätig-
keit herrschte. Als aber dann im Frühjahr die
amerikanische Krisis sich auch auf dem europäischen
Geldmarkt fühlbar zu machen begann und die
Zinssätze immer höher wurden, fing auch in den
verschiedensten Industriezweigen, obgleich Aufträge
noch bis in den Herbst hinein vorhanden waren,
der Geschäftsgang an, lauer zu werden. Zuerst
wurde davon das Baugewerbe betroffen, gleich-
zeitig aber wurden auch die zahlreichen, ihm nahe-
stehenden Gewerbe, wie die Bauhilfserei, die
Schlosserei, die Gelbgefähererei, die Klempnerei usw.
in Mitleidenschaft gezogen und zu Betriebsbein-
schränkungen gezwungen. Nächstbem machte sich
der Rückgang in der Eisen- und Maschinen-
industrie sowie in denjenigen Industriezweigen
besonders bemerkbar, die große Kapitalien in
Rohstoffen auf längere Zeit festlegen müssen. Alle
diese Verhältnisse brachten es mit sich, daß für den
Jahresabschluss die wirtschaftliche Lage allgemein als
ungünstig geschildert wird, was äußerlich sich be-
merkbar machte durch eine zum Teil weitgehende
Einschränkung der Betriebe, Einlegung von Ferien-
scheiden, Arbeiterentlassungen und hier und da
auch durch Herabsetzung der Arbeitslöhne.

An den Zahlen der der preussischen Gewerbe-
aufsicht unterstellten Betriebe und der in ihnen be-
schäftigten Arbeiter kommt der wirtschaftliche Nie-
dergang allerdings noch nicht zum Ausdruck; denn
sie weisen durchgängig Erhöhungen auf. Die
Zahl der Fabriken und der ihnen gleichstehenden
Anlagen betrug 141 999 und deren 135 369 im Jahre
1906, hat also um 6630 zugenommen. Beschäftigt
wurden in ihnen insgesamt 3 069 498 — die ein-
geklammerten Zahlen sind die des Jahres 1906 —
(2 986 173) Arbeiter. Davon waren 2 277 642
(2 228 613) erwachsene männliche Arbeiter, 563 100
(538 310) erwachsene weibliche Arbeiter, 225 696
(216 904) jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts
und 3060 (2346) Kinder.

Revisionen wurden im ganzen 148 920
(140 845) vorgenommen, die sich auf 69 811 Be-
triebe mit insgesamt 2 526 211 Arbeitern erstreck-
ten, das sind 49,2 Prozent aller unterstellten Be-
triebe und 82,3 Prozent der Arbeiter. Die meisten
Revisionen fanden im Bergbau, Gütten- und Sa-
linenwesen und in der Industrie der Nahrungs-
und Genussmittel statt. Jedenfalls zeigen obige
Angaben, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten noch
immer viel zu gering ist, ganz abgesehen davon,
daß auch — wie des weiteren noch nachgewiesen
werden wird — die ihnen übertragenen Befugnisse
durchaus unzureichend sind.

Das zeigt sich u. a. an den zahlreichen Ver-
stößen gegen das Kinderschutzgesetz. Die gewerb-
liche Kinderarbeit hat noch immer einen großen
Umfang, und die Klagen über die Schwierigkeit
der Kontrolle der gesetzlichen Vorschriften wollen
nicht verstummen. Auch beklagen sich die Be-
amten mehrfach darüber, daß das Strafmaß bei
Verstößen gegen das Kinderschutzgesetz oder die
Vorschriften der Gewerbeordnung zu niedrig be-
messene wird. Auffallend ist übrigens, daß, je
weiter man nach Osten kommt, die Mitwirkung
der Schule bei der Durchführung des Kinderschutz-
gesetzes, die namentlich in Hessen so legerreich
gewesen ist, umsomehr nachläßt. Wie gewissenlos
manche Unternehmer handeln, sei an einigen Bei-
spielen gezeigt: Im Bezirk Doppel Doppel mußte ein
Bauerunternehmer bestraft werden, weil er außer
anderen schulpflichtigen Kindern einen erst neun-
jährigen Knaben mit dem Geranholen von
Mörtel, Steinen und Wasser beim Bau beschäf-
tigt hatte. Wiederholt wurde die Befähigung
von Kindern in Feilwerkereien und Schlächtereien

ermittelt. Viele Bäder mußten bestraft werden, weil sie trotz aller Verwarnungen durch schulpflichtige Kinder in früher Morgenstunde Badwaren austragen ließen. Das Verbot wurde jedoch öfter dadurch umgangen, daß jetzt die Eltern der kleinen Badwarenausträger die Ware vom Bäder kauften, sich als Sünder aufspielten und dann ihre Ware durch die eigenen Kinder austragen ließen. Diese Vorgänge gaben dem Beamten Anlaß zu den treffenden Bemerkungen:

„Bei der Wichtigkeit des Abflusses von Schmelzverkäufen ist hier der Umgehung des Gesetzes Tür und Tor geöffnet. Ueberhaupt bietet die Durchführung der Vorschriften über die Beschäftigung „eigener“ Kinder die größten Schwierigkeiten. Die nur zu oft in den dürftigsten Verhältnissen lebenden Eltern vermögen noch immer nicht einzusehen, daß sie über die Arbeitskraft ihrer Kinder nicht mehr ebenso verfügen dürfen, wie einst über ihre eigene verfügt wurde. Am traurigsten sieht es bezüglich der Kinderbeschäftigung noch immer bei der Weberbevölkerung von Rasthof, Leobshüh und Umgegend aus. Wenn dort auch eine kleine Besserung im Vergleich mit den Vorjahren eingetreten ist, so waren doch — nach den Angaben der Kreisgesundheitskolonnen — noch häufig „eigene“ Kinder von weniger als zehn Jahren, vorwiegend sogar solche von 6 1/2 Jahren, mit Kutenstreifen und Chenillewickeln bei der Leppid-, Nisch- und Krimmerherstellung tätig. Die Krut der Weberbevölkerung veranlaßte, daß ihr gegenüber von Strafstrafen noch abgesehen und der Weg gültiger Einwirkung weiter beschritten wurde. Diese Behandlung ergab sich auch aus der auffallenden Wahrnehmung, daß in jener Gegend die an der österreichischen Grenze Wohnenden ihre Kinder nach Osterreich in die Arbeit schicken. Während der Schulferien wurden aus einem einzigen Grenzort 15 Kinder, darunter sechs noch nicht zwölfjährige, in einer österreichischen Stadt von früh bis abends als Handlanger auf Abgaben beschäftigt.“

Aber auch aus anderen Bezirken wird über ungebührliche Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft berichtet. So teilt der Aufichtsbeamte für Nösklin mit, daß 15 schulpflichtige Kinder auf einem zu einer Torfstreuerei gehörenden Torfmoore bei dem Sammeln trockener Torfstreuerei angetroffen wurden. Von der Stellung eines Strafantrages wurde jedoch Abstand genommen, weil es zweifelhaft war, ob das Torfmoore überhaupt als Teil der gewerblichen Torfstreuerei oder als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb anzusehen ist. Der Betriebsleiter hat die sofortige Einstellung der Kinderbeschäftigung angeordnet. Gegen die Besitzer einer Ziegelei wurde wegen ungesetzlicher Kinderbeschäftigung das gerichtliche Strafverfahren eingeleitet, aber von der Staatsanwaltschaft wieder eingestellt, weil die Kinder nur gelegentlich ohne Auftrag kurze Zeit der Mutter bei der Arbeit geholfen hatten. In einer anderen Ziegelei war ein schulpflichtiger Knabe aus Freie in Wille n kurze Zeit für die an der Arbeit verhinderte ältere Schwester eingepfunden.

Viele wenigen Beispiele, denen zahlreiche andere hinzugefügt werden könnten, zeigen, wie unzureichend die Vorschriften des Kinderbeschäftigungsgesetzes sind, und daß ein Ausbau derselben dringend notwendig ist. Wie in den Berichten ausdrücklich hervorgehoben wird, erschwert der Mangel an zuverlässigen Verzeichnissen der Arbeitsstätten der Kinder und die Schwierigkeit der Ermittlung von Kinderbeschäftigung außerhalb der gewerblichen Betriebe die Durchführung des Schutzgesetzes erheblich. Mehrfach ist auch die Beobachtung gemacht worden, daß im Falle strafrechtlicher Verfolgung von Gesetzeswidrigkeiten die Gerichte ein Strafmaß anwenden, das bei Berücksichtigung der Vermögenslage des Unternehmers in keinem Verhältnis zu dem Vergehen steht und deshalb nicht geeignet erscheint, die Bestrebungen, den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen, insbesondere und lässigen Betriebsleitern gegenüber wirksam zu unterstützen. Um günstige Resultate zu erzielen, ist daher eine schärfere Kontrolle der Polizeibehörden, eine ständige und energische Mitwirkung der Lehrerschaft und eine strengere gerichtliche Bestrafung von Zuwiderhandlungen erforderlich.

Die Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze für jugendliche Arbeiter weisen eine kleine Abnahme auf. Es ist dies umso beachtenswerter, als bei den Revisionen der Beschäftigung jugendlicher Personen bei gefährlichen Verrichtungen in der Holzindustrie besondere Aufmerksamkeit zugewandt worden ist. Zu den gefährlichen Verrichtungen sind vornehmlich die Bedienung der Abrißhobelmaschinen, der Kreis- und Bandsägen, der Fräs- und ähnlicher Maschinen zu zählen. Daneben besteht gegenüber manchen anderen Industrien in der Holzindustrie noch in vermehrtem Umfange die Gefahr, daß Jugendliche beim Transport von schweren Gegenständen Unfälle erleiden und daß ihre Gesundheit dauernden Schädigungen durch den Staub von Arbeitsmaschinen ausgesetzt wird. Nach den vorliegenden Berichten hat die Zuziehung jugendlicher Arbeiter zu diesen gefährlichen Verrichtungen nur in ge-

ringem Umfange stattgefunden; im allgemeinen sind für die Bedienung der Holzbearbeitungsmaschinen geschulte und zuverlässige erwachsene Arbeiter angestellt und es ist den übrigen Arbeitern, namentlich aber den jugendlichen, streng verboten, sich an den Maschinen zu beschäftigen.

Zuwiderhandlungen gegen Arbeiterinnen einschulgesetzliche wurden 3911 in 3586 Anlagen ermittelt. Bestraft wurden deswegen 587 Personen. Ueberarbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen wurde 479 (572) Betrieben für 7991 (9877) Betriebstage gestattet. Dabei leisteten 29 224 (36 851) Arbeiterinnen 431 411 1/2 (577 136 1/2) Ueberstunden. Die größten Zahlen der bewilligten Ueberstunden finden sich in der Nahrungs- und Genussmittelbranche, in der Textilindustrie und im Bekleidungs- und Reinigungsgerverbe. In der Bekleidungsbranche, der Konfektionsnäherie aller Art kommen aber noch besondere Ausbreitungen hinzu. Da werden z. B. im Bezirk Oppeln die Näherinnen als Lehrfräulein ausgenommen, die nur „für den eigenen Bedarf“ nähen. In anderen Bezirken haben sich Zweifel herausgestellt, ob die Näherinnen in den mit Ladengeschäften verbundenen Betrieben etwa als „Handelsgangestellte“ anzusehen sind, die dann bis 9 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Vor allem aber sucht man sich vielfach allen beschränkenden Bestimmungen dadurch zu entziehen, daß man den Arbeiterinnen nach Werkstättenläufen noch Arbeit mit nach Hause gibt. Auch hier muß endlich einmal gründlich Wandel geschaffen werden.

Erfreulich ist es, daß sich bezüglich der Ueberarbeitszeit-Verwilligungen überhaupt eine ganz wesentliche Abnahme feststellen läßt. Sonntagsarbeit wurde 836 (919) Betrieben für 1680 (1914) Sonn- und Festtage erlaubt, und 63 212 (103 900) Arbeiter leisteten 662 506 1/2 (1 083 380 1/2) Arbeitsstunden. Dabei wird mehrfach ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Arbeiterkraft energisch an der Verrichtung der Sonntagsarbeit mitwirkt, indem sie sich einerseits überhaupt weigert, Sonntagsarbeit zu leisten, andererseits beim Abschluß von Tarifverträgen darauf dringt, daß dafür ein derartig hoher Zuschlag festgesetzt wird, daß die Sonntagsarbeit für den Unternehmer zu unvorteilhaft und deshalb lieber gänzlich darauf verzichtet wird.

(Schluß folgt)

Unternehmerterrorismus.

Als vor einigen Wochen dem rheinisch-westfälischen Gewerband nachgesagt wurde, er hätte geheime Abmachungen zum Zwecke der Ausscherrung mißliebiger Arbeiter getroffen, da wandte er sich mit einem starken Aufwand stilklicher Enttäuschung gegen diese üble Nachrede. Formell mag der Gewerband im Rechte gewesen sein, insofern nicht der Verband als solcher derartige Abmachungen getroffen hat. Daß aber zwischen zahlreichen Mitgliedern solche Vereinbarungen bestehen, das beweist ein Geheimvertrag, der uns aus Duisburg zugegangen ist. Nach diesem Vertrage ist eine Anzahl von Werken zusammengetreten, „um durch eine Uebereinkunft, betreffend Art und Weise der Annahme von Arbeitern, dazu beizutragen, möglichst normale Verhältnisse in der Arbeiterbevölkerung der Umgegend herzustellen, zum Besten der Leute, um dem ständigen Wandern derselben vorzubeugen und sie dadurch sesshaft zu machen“. Zu diesem Zwecke wurden 11 Paragraphen vereinbart, von denen wir die charakteristischsten nachfolgend zum Abdruck bringen.

§ 1.

Es verpflichten sich die Besitzer resp. Vertreter der unterzeichneten Werke, unter keinen Umständen von einem anderen unterzeichneten Arbeiter für sich oder andere zu holen, noch von einem der unterzeichneten Werke entlassene aufzunehmen, wenn diese nicht nachweislich seit mindestens vier Monaten von dort ordnungsmäßig entlassen sind. Dem Werke, welches die Arbeiter entlassen hat, bleibt es gestattet, dieselben nach eigenem Ermessen wieder anzunehmen. Arbeiter, welche wegen eines Vergehens gegen die Subordination und Disziplin oder wegen einer ehrenrührigen Handlung von einem der beteiligten Werke entlassen sind, dürfen nur auf Grund eines Komitee-Beschlusses von einem anderen wieder in Arbeit gestellt werden.

§ 2.

Um dieser Verpflichtung Nachdruck zu verleihen, wird für jeden nachgelieferten Fall der Uebertretung der §§ 1 und 2 von dem Kontrahenten eine Summe von 2000 Mark Ein tausend fünf Hundert gezahlt, die sofort unter den anderen unterzeichneten Werken zu gleichen Teilen verteilt und von diesen zugunsten hilfsbedürftiger Arbeiter verwendet wird.

§ 3.

Um das in §§ 1 und 2 Gesagte praktisch durchzuführen zu können, tauschen die Werke bis zum 3. jeden Monats eine Liste derjenigen Arbeiter aus, die im Laufe des vorhergehenden zur An-

nahme und Entlassung gekommen sind, und zwar werden getrennt diejenigen Arbeiter aufgeführt, welche nicht ordnungsmäßig entlassen sind.

§ 7.

Die Ueberlassung von Arbeitern eines Werkes an das andere auf freundschaftlichem Wege wird durch diese Ueberlassung nicht ausgeschlossen.

§ 9.

Der Beitritt anderer Eisenwerke als Hochöfen, Gießereien, Zechen, Maschinenfabriken und Brückenbauereien zu diesem Abkommen, sowie die Ausdehnung desselben auf die Umgegend, bleibt einem Majoritätsbeschluß der Mitglieder vorbehalten.

§ 10.

Von diesem Uebereinkommen kann ein Werk nur nach vorheriger Räumigung dem Komitee, und zwar auch dann nur, nach Ablauf eines Jahres, vom Tage der Räumigung ab gerechnet, zurücktreten.

Dieser Vertrag wurde zum ersten Male im Jahre 1876 abgeschlossen und im Jahre 1905 erneuert. Unterzeichnet ist er von folgenden Werken: 1. Tigler; 2. Hüte Pöndel, Ruhrort; 3. Emfcher Hüte, Eisenbergerei und Maschinenfabrik Horlewe; 4. Firma Fritz Sinnemann; 5. Aktien-Gesellschaft Pöndel, Zeche W. Hende; 6. Rheinische Stahlwerke, Weidrich; 7. H. und C. Albert, Pöschphatmahlmühle, Ruhrort; 8. Gute-Hoffnungshütte, Oberhausen; 9. Firma Edward Jeyen. Im Mai 1907 sind dem Kartell auch noch die Mitglieder des Duisburger Arbeitgeberverbandes beigetreten.

Es hieß die Wirkung, die die Veröffentlichung dieser Bestimmungen hervorruft, nur abschwächen, wollte man sich auf eine längere Kritik einlassen. Die Herren Direktoren und Betriebsleiter der genannten Werke können wirklich froh sein, daß seiner Zeit die Zuchtansvorlage abgelehnt worden ist. Danach sollte bekanntlich mit Zucht bestraft werden, wer einen anderen an der Arbeit hindert. Ob denn auch gegen diesen argen Verstoß gegen die guten Sitten kein Staatsanwalt etwas einzuwenden hat?

Allgemeine Kundschau.

Dienstag, den 11. August 1908.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich. Die unter diesem Titel erschienene, 80 Seiten starke Schrift unseres Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt hat nicht nur in den Organen der einzelnen Gewervereine, sondern auch in der Tagespresse recht anerkennende Aufnahme gefunden. Tagtäglich gehen lobende Kritiken und Bestellungen auf die Broschüre im Verbandsbureau ein. Das beweist, daß die Schrift für alle Kollegen ein unentbehrlicher Ratgeber ist und ihre Anschaffung nicht warm genug empfohlen werden kann. Der billige Preis von 30 Pfg., der sich beim Bezuge größerer Partien noch wesentlich ermäßigt — wir verweisen auf das Inserat in dieser Nummer — ermöglicht es jedem Kollegen, der im Ausnahmefall oder in der Öffentlichkeit wirkt, die Broschüre zu kaufen. Wir bitten dringend, möglichst ausgiebigen Gebrauch davon zu machen und in den Vereinsfestungen die Anschaffung zu empfehlen.

Zum internationalen Friedenskongress, der in diesen Wochen in London taget hat, hatten die Deutschen Gewervereine, die den Friedensbestrebungen von jeher sympathisch gegenübergestanden haben, keinen besonderen Delegierten entsandt, sondern Herrn Professor L. Duidde-München gebeten, die Vertretung zu übernehmen. Derselbe hat dann auch dem Kongress die Grüße der Deutschen Gewervereine übermittelt und in einer großen Volksversammlung, die auf dem Trafalgar Square stattfand, in unserem Namen eine Erklärung abgegeben, in dem Sinne, daß die Deutschen Arbeiter ebenso wie die englischen erfüllt sind von dem Streben, den Vätern den Frieden zu erhalten, und daß es unser sehnlichster Wunsch ist, daß England und Deutschland ein aufrichtiges Freundschaftsverhältnis unterhalten. Jeder Versuch, dieses Verhältnis zu tören, müsse energisch zurückgewiesen werden. Nur im Frieden können die Völker gedeihen. Der Krieg ist immer ein furchtbares Unglück sowohl für den Besiegten wie auch für den Sieger und eine Barbarei fluchwürdigster Art. In dem lauten, die Welt durchhallenden Ruf: Krieg dem Kriege, vereinigen die in den Deutschen Gewervereinen organisierten Arbeiter ihre Stimme mit den Stimmen der Arbeiter Englands.

Diese Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Eine von 20 Berliner Verbandskollegen, die verschiedenen Ortsvereinen angehören, unterzeichnete Resolution ist uns zugeföhrt worden mit der Anforderung, dieselbe im „Gewervereine“ zum Abdruck zu bringen. Für den Fall der Ablehnung des Abdrucks wird mit der Öffentlichkeit gedroht. Da wir aber gar keine Veranlassung haben, den Abdruck zu unterlassen, hätte es der Drohung auch nicht bedürft-

Sier ist die Resolution:

Die am 30. Juli 1908 versammelten Gewervereiner nehmen mit Verbleiben Kenntnis von dem Inhalt des Artikels „Ein Vorgesang zum Nachdenken“ und erklären darin eine Verletzung unserer parteipolitisch-neutralen Fndens. Nach unserer der Ansicht ist es eine unabweisliche Pflicht unserer Hauptleitung in bezug auf die parteipolitische Neutralität, den Mitgliedern mit leuchtendem Beispiel voranzugehen.

Die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, das die drei freisinnigen Parteien die einzigen energischen Vertreter für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Breiten sein sollen, ist eine subjektive Auffassung des Artikelfreies im Gegensatz zu einer großen Anzahl von Verbandsmitgliedern.

Wir protestieren energisch gegen die Aufnahme jedes parteipolitisch gefrben Artikels in unser Verbandsorgan und erwarten, das dieser Protest genügt, um keine Zersplitterung herbeizuführen.

Die Resolution ist in einer Versammlung der demokratischen Vereinigung, die am Donnerstag, den 30. Juli in der Bergstre in Berlin tagte, verabschiedet worden. Den Kollegen, die sich so lebhaft entzündeten, scheint es aber kein Verstoß gegen die Neutralität zu sein, das in einem anderen führenden Gewervereinsorgan die demokratische Vereinigung als „den Deutschen Gewervereinen freundlich gegenuberstehend“ gelobt wurde. Warum tritt man nicht gegen diese „subjektive Auffassung“ des Verfassers jener Notiz auf?

Wir danken jedem Verbandskollegen, der uns hilft, die Neutralität der Gewervereine durchzuführen, wenn wir auch in unserem Artikel eine Verletzung derselben, die eine so lebhaft Entzündung rechtfertigen könnte, nicht zu erklären vermögen. Ebenso entschden aber werden wir uns jederzeit das Recht wahren, diejenigen auf die Finger zu klopfen, die sich mit dieser Unstrengung bemühen, die Gewervereine in das Schlepptau einer Partei zu nehmen. Wir hoffen, das dies auch von den Verfassern der Resolution verstanden wird.

Ueber das Schicksal des Arbeitskammergesetzentwurfs gehen fortwrend neue, sich zum Teil widersprechende Nachrichten durch die Presse. Jetzt wollen die „Mnch. Neuest. Nachr.“ erfahren haben, das angelehnt der Kritik, die der Entwurf gefunden hat, derselbe in den Bundesratsausschssen einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen wird, die zwar nicht den Grundsat der parittlichen Zusammenlegung der Arbeitskammern und auch nicht ihr Tätigkeitsgebiet betreffen, wohl aber die Organisation ändern soll. Die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften soll aufgegeben werden, ebenso der geplante Wahlmodus für die Arbeitervertreter. Festgehalten werden soll der Grundsat der beruflichen Gliederung der Kamern, wenn auch den örtlichen Verhältnissen mehr Zugeständnisse als bisher gemacht werden sollen.

Sollte eine Änderung in diesem Sinne wirklich beabsichtigt sein, so könnte immerhin von einer Verbesserung gesprochen werden, wenn auch noch lange nicht diejenigen Wünsche erfüllt sind, die die Arbeiterchaft hegt. Doch warten wir einstweilen mit unserer Kritik, bis der neue Gesetzentwurf vorliegt!

Weder die Nichtannahme des Tarifvertrages im Baugewerbe seitens der Arbeitnehmer wird, wie wir der „Deutschen Tagesztg.“ entnehmen, vom Verband der Baugeschäfte Beschwerde erhoben. Seine Mitglieder seien verpflichtet worden, auf den Bauten Plakate zum Ausschuss zu bringen, um gewisse Bedingungen des Tarifvertrages den Arbeitnehmerorganisationen einzuschärfen. Die Verstöße der Arbeiter, die gerigt werden, rchten sich namentlich gegen die Bestimmung des Vertrages, wonach die Agitation für die Organisation auf den Bauten während der Arbeitszeit verboten ist und anders- oder nichtorganisierte Arbeitnehmer nicht belästigt werden dürfen.

Wir können zunächst die Mitteilungen des agrarischen Blattes, das gern jede gegen die Arbeiterorganisationen gerichtete Nachricht weiter verbreitet, augenblicklich auf ihre Wahrheits nicht nachprüfen. Sind derartige Verstöße vorgekommen, so verurteilen wir sie auf das Schärfste. Wir möchten aber darauf hinweisen, das auch vielfach seitens der Arbeitgeber gegen die Bestimmungen von Tarifverträgen verstoßen wird. Um derartige Vorkommnisse ein für allemal unmöglich zu machen, gibt es nur ein Mittel, das ist die gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens, wie sie auch von den Deutschen Gewervereinen gefordert wird.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Tischler in Breslau ist beendet, da die freie Vereinigung der Fabrikanten im Tarifentwurf allen Arbeitern eine Lohnerhhung von 5 Prozent bewilligte. — In einer Tarifbewegung befinden sich in Berlin die Bhler-Schneider und Schneiderinnen. Die Fabrikanten wollen ihnen durchaus einen 5 Jahre laufenden Tarif aufzwingen, wogegen sich ein starker Widerstand geltend macht. Eine besondere Kommission soll mit den Unternehmern weiter verhandeln. — In Wrnberg sind die Pflasterer ausgesperrt worden,

weil sie eine Verktzung der Arbeitszeit forderten, um dadurch die Entlohnung von verheirateten Kollegen zu verhindern. — Eine Aussperrung fmlicher organisierter Stttkateure sollte in Dortmund vorgenommen werden; dieselbe ist jedoch noch im letzten Augenblick dadurch verhindert worden, das die Gehehlen die ihnen gestellten Bedingungen annahmen.

Der Streik der Elektrizittsarbeiter in Paris ist nur von kurzer Dauer gewesen. Schon nach 2 Stunden wurde die Arbeit wieder aufgenommen und damit der Stadt ihr gewöhnliches Gepräge wiedergegeben. — Eine Aussperrung aller in der Wollindustrie beschäftigten Arbeiter steht in Brunn (Mhren) bevor, weil in einigen Betrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben. — Um gegen die Vorgänge in Draveil bei Paris zu protestieren, haben die Hafenarbeiter in Marseille und Toulon beschlossen, in einen Generalfreist einzutreten. — Ein allgemeiner Ausstand der städtischen Arbeiter ist in Malmö (Schwed.) ausgebrochen. Da auch die Heizer die Elektrizitätswerke verlassen haben, verrichten Ingenieure ihre Arbeiten. — In Besancon waren die Seidenarbeiter in den Streik getreten. Als ein Teil die Arbeit wieder aufnahm, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, bei dem Militär eingreifen möchte.

Zu ersten Ausschreitungen ist es auch in Alabama (Nordamerika) anfänglich eines schon mehrere Wochen dauernden Streiks der Kohlenrubenarbeiter gekommen. Mehrere Arbeiter sind dabei getötet oder schwer verletzt worden. — Im Buchdruckergerwerbe zu Kopenhagen ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Am Montag trift legten die Zeitungsleger und Drucker die Arbeit nieder, so das nur wenige Blätter erscheinen konnten.

Eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer hat vergangene Woche in Brrig getagt. Es waren daselbst über 60 Delegierte vertreten, die ein immerhin interessantes Bild der Bewegung in den einzelnen Ländern entrollten. Die deutschen Delegierten nahmen, wie man das auf christlicher Seite überhaupt gewohnt ist, den Mund recht voll. Von den Referaten das interessanteste dürfte das des Herrn Giesberts gewesen sein, der von den Organisationen verlangte, das sie interkonfessionell und parteipolitisch neutral seien. Sehr energische Töne fand Herr Schiffer-Dihseldorf, der den Bischöfen das Recht abspach, den Arbeitern den Eintritt in eine bestimmte Organisation vorzuschreiben oder zu verbieten. Stegerwald-Köln führte aus, das, solange die Geistlichen den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, auch kein Papst und keine Bischöfe das Recht haben, dem Arbeiter vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich organisieren sollen. Ein holländischer Delegierter trat entschieden für katholische Fachvereine ein. Auch die Frage der ausländischen Arbeiter wurde eingehend erörtert, ohne das aber ein Beschluß gefaßt wurde.

Das Ergebnis des Kongresses war eine Resolution, in welcher die Bildung von christlichen Gewerkschaftsorganisationen und die Zentralisation derselben auf internationaler Grundlage empfohlen wird. Außerdem soll ein internationales Sekretariat gegründet werden, dessen Leitung dem Generalfreistr der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herrn Stegerwald-Köln, übertragen wurde. Man darf auf die Leistungen dieser christlichen Internationale gespannt sein. Auch ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen!

Ein Strafverfahren gegen den Zechenverband wegen Herausgabe einer „schwarzen Liste“ einzuleiten, wie der Abg. Wehrns beantragt hatte, hat belanlich der Staatsanwalt zu Essen ablehnend beschieden. Daraufhin hat ein auf der „schwarzen Liste“ stehender Bergmann von der Zechen-Slzer-Koalition selbst Strafanktrag gestellt. Aber auch dieser hat einen ablehnenden Bescheid erhalten. Darin hieß es:

Der von Ihnen behauptete Vorfall der erwähnten Strafbestimmung wäre nur dann gegeben sein, wenn die Vertreter der Zechen-Slzer-Koalition oder einen Teil der Mitglieder des Zechenverbandes durch Drohungen bestimmt wären, an den Bestimmungen des § 152 der Gewerbeordnung unterliegenden Verabredungen des Zechenverbandes teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten. Tatsächlich Anhaltspunkte für die Annahme eines solchen Zwanges liegen aber nicht vor und lassen sich insbesondere auch aus der Bestimmung des § 9 der Satzungen des Zechenverbandes, die bei Zuwiderhandlungen gegen die Satzungen oder die Beschlüsse der Hauptversammlung Strafen androht, nicht herleiten. Es muß angenommen werden, das die Beteiligung der betreffenden Zechen an dem Zechenverbande, und ihre Unterwerfung unter die Satzungenbestimmungen derselben eine freiwillige gewesen ist, wie denn auch jedem Verbandsmitglied der Austritt vom Verbande satzungsgem freistehet.

Wir sind der Meinung, das, wenn die Bedingungen für die Einleitung eines Strafverfahrens in diesem Falle noch nicht gegeben sind, dann schlenmigt eine Änderung der Gesetzgebung erfolgen muß, um die Arbeiter gegen derartige Verstöße gegen das Freizugigkeitsrecht zu schtzen.

Generalfreist — Generalfreist. Als der alte Auer dieses Schlagwort prägte, wurde er von seinen ultraradikalen Parteigenossen heftig angegriffen. Heute scheint sogar der „Vorwärts“ die Berechtigung dieses Wortes anzuerkennen, denn er schreibt in einer Betrachtung über den Generalfreist in Paris:

„Alles in allem wird man also von einem Mäher- so Iq sprechen müssen. Die Syndikalistischen Obergangsfreist werden das nicht Wort haben wollen. Denn da sie glichen Generalfreist als ein Gut an sich betrachten, gibt es für sie keinen verlorenen und sie können so immer mit sich höchlich zufrieden sein. Sozialisten aber, die nicht ihrer Meinung sind und zwischen geistlichen und missglückten Streiks immerhin noch einen Unterschied machen, werden sich fragen, warum der heutige einen so beschränkten Umfang eingehalten und bei den Arbeiterkategorien, die das Grostadtbild am stärksten beeinflußen, keine Unterstützung gefunden hat. Der Hinweis auf die rckschlssige Unterdrückungspolitik der Regierung genügt da nicht. ... Wird die neue Entlohnung mehr als die früheren zur Selbstbestimmung in den aktiven Kampfzonen der gewerkschaftlichen Organisationen beitragen? In den heutigen Versammlungen hat die anarchistische Arie mit dem hohen C noch einen Applaus bekommen, der mit der Wirklichkeit selbst am kontrstierten. Vielleicht muß die Rettung aus der Proving kommen, aus den Bezirken der Großindustrie, wo der harte Kampf, der um jeden Fußbreit Bodens geführt werden muß, den Arbeitern nicht Zeit und Luft zu den Phantastereien läßt, die im Kleinbrgerlichen Milieu der Pariser Arbeiter und in der fauligen Atmosphäre der weststdtlichen Detadenz üppig gedeihen.“

Der Generalfreist eine Phantasterei! So etwas schreibt der „Vorwärts“. Das läßt tief blicken! wäre Herr Sabot sagen. Aber können wir nach den sonstigen Erfahrungen, die wir mit dem „Vorwärts“ gemacht haben, nicht annehmen, das dies ein Zeichen geistiger Gefundung ist. Denn die Arie mit dem hohen C ist ein Hauptschlager gerade der Redaktion des „Vorwärts“.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerkervereins nimmt noch nach den Ferien neue Schüler und Schülerinnen auf. Es wird Unterricht erteilt in Deutsch, Rechnen, Englisch, Französisch, Buchführung, Korrespondenz, Schön schreiben (Rundschrift), Stenographie, Zirkel- und Projektionszeichnen, Freihandzeichnen, Malen nach dem lebenden Modell, Fachzeichnen, Gesang, Turnen. Nähere Auskunft erhält man durch die Unterrichtsplne, welche unentgeltlich beim Hausverwalter, Sophienstr. 18, S. pt., verabfolgt werden. Anmeldungen sind zu bestimmten Montags, Mittwochs und Sonnabends abends 9 Uhr im Bureau des Vereins oder an den Unterrichtstagen abends 8 Uhr in der Schule.

Gewervereins-Zeil.

3 Duisburg. Am Sonntag Vormittag hielt der Gewerverein der Deutschen Maschinen- und Metallarbeiter 2 öffentliche Protestversammlungen in Saar und Weiblich ab. Es galt, gegen den Selbstmord der hiesigen Hüttenwerke und sonstigen Metallfabriken (siehe d. Artikel „Unternehmerterrorismus“) zu protestieren, durch den die Freizugigkeit unterbunden wird. Die Referenten leiteten ein beratendes Vorgehen in scharfer, aber sachlicher Weise. Es gelangte nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die heutigen, zahlreich besuchten öffentlichen Protestversammlungen, einberufen vom Gewerverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder), vertreten mit aller Entschiedenheit die Beschränkung der Freizugigkeit durch die hiesigen Werke. Die Versammelten weisen den Versuch der Arbeitgeber, den Arbeitern das Recht zu beschränken, ihr Brot dort zu verdienen, wo es ihnen gefllt, energisch zurück. Solche Versuche können, da wichtige Arbeiter und Volksteile in Frage stehen, nicht mit Zwangsmitteln abzuwehren sind. Den um ihren gesicherten Arbeitermann besorgten Fabrikanten empfiehlt die Versammlung eine weitgehende Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als bestes Mittel, kchtige Arbeiter im Betriebe zu halten. Wo Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung der gesetzlichen Rechte und Freiheiten, besonders des Koalitions- und Freizugigkeitsrechtes zusammen arbeiten, da sind auch die berechtigten Interessen der Industrie am besten aufgehoben. Die Anmeldden verlangen, das beratigen Berufs- erklärungen seitens der gesetzgebenden Krperchaften ein gebietendes Halt geboten wird. Sie verpflichten sich des ferneren, für den Ausbau der Organisation mit aller Entschiedenheit einzutreten.“

3 Magdeburg. Der 18. Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes Sachsen-Anhalt-Braunschweig fand am 2. August in Magdeburg statt. Die Verhandlungen wurden erfhnet mit einer Begrndungsrede des Vorsitzenden, Kollegen Weder-Magdeburg. Nach ihm ergriff der Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses, Kollege Lewin, das Wort, der ausdrücklich betonte, das der Gesamtleitung jede Einrichtung willkommen sei, welche an der Fortentwicklung der Deutschen Gewervereine mitarbeiten wolle. Nachdem noch Kollege Rthner-Köln und Kollege Fischer-Eubenberg herliche Begrndungsworte an die Anmeldden gerichtet hatten, wurde die Präsenzliste festgestellt, die die Anwesenheit von 24 Delegierten ergab. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Lewin über das Pro-

gramm der Deutschen Gewerksvereine. In einstündigen Ausführungen erläuterte der Referent das vom letzten Verbandstage auf den von Dr. Max Girsch aufgestellten Grundrissen beschlossene Programm und die vom Zentralrat in Gemeinshaft mit den Vertretern der Generalräte aufgestellten Festsätze. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte, die aber wesentliche Differenzen nicht aufzuteufelte. Sie endigte mit der Annahme folgender Resolution:

Die heutige Versammlung, einberufen vom Vorstand des Ausbreitungsverbandes, erklärt sich nach dem Referat des Kollegen Lewin in Berlin über „Das Programm der Deutschen Gewerksvereine“ mit demselben voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, strikte danach zu arbeiten und dafür einzutreten. Der Vorstand wird beauftragt, im Gebiete des Ausbreitungsverbandes durch Vorträge nach dieser Hinsicht aufklärend zu wirken.

Eine lebhaft diskutierte Festsätze sich auch an den Tätigkeits- und Konferenzbericht. Wenn auch in bezug auf Agitation mancher Wunsch zur Geltung gebracht wurde, so waren doch die Diskussionsreihen allgemein mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden. Das von ihm ausgearbeitete Statut wurde mit einer ganz unwesentlichen Änderung einstimmig angenommen. Den Bericht über die Presse erstattete an Stelle des verhinderten Kollegen Müns, Kollege G. S. Rudau. Den mannigfachen Wünschen soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Zum Vorort des Ausbreitungsverbandes wurde Magdeburg wiedergewählt; der nächste Delegiertentag soll in Luedlöring stattfinden. Hierauf konnte der Vortragende unter lebhaftem Danke für die tüchtige Mitarbeit der Anwesenden den Delegiertentag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine schließen.

Magdeburg. Unser Ortsverband hatte für Montag, den 27. Juli, zu einer öffentlichen Profetversammlung eingeladen, um gegen die vom Bund der Landwirte geplante Milchpreis-Erhöhung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Kollege Kieger, eröffnete die Versammlung und erteilte darauf dem Verbandssekretär, Kollegen K. u. S. d. t., das Wort. Derselbe führte in sachlicher, wenn auch scharfer Weise aus, wie schwer die werktätige Bevölkerung durch die allgemeine Teuerung, besonders durch die Erhöhung der Brot- und Fleischpreise, die vor allem den Agrariern zugute käme, bereits belastet sei. Nun sei in letzter Zeit ein neuer Beutzug des Bundes der Landwirte geplant, nämlich die Verteuerung der Milch, was um so unangenehmere Folgen hätte, als in diesem Jahre geradezu ein Ueberfluß an Grünfutter vorhanden sei. Die Geheimhaltung des bezügl. Zirkulars, in dem die Preise des Sämlers auf 13, dem Konsumenten auf 18 Pfg. aufgeführt werden, sei ein Beweis, daß das Vorhaben der Händler das Licht der Öffentlichkeit scheuen müsse. Dies allein schon sei für die Volkstreuendlichkeit der Herren bezeichnend. Die Händler sollten sich nicht einfach die Preise, wie dies im Geheimvertrahen der Herren Kavariet wehrt, so könne man sich sicher auf eine weitere Erhöhung und Ausbeutung der Bevölkerung, die unter der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse wahrlich schon genug leidet, gefaßt machen. Die Bildung der fortwährenden Preissteigerung der Lebensmittel werde nicht ausbleiben und sich in Unterernährung und Schwächung der Bevölkerung, namentlich des Nachwuchses, und einer Steigerung des Branntwein-Genusses zeigen. In Wort und Schrift müsse man bis zum 15. August, dem Tage des Inkrafttretens der erhöhten Preise, darauf hinarbeiten, daß der schärfste Ausbeutungsplan zurückgewiesen wird. An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhaft diskutierte. Der Vorsitzende appellierte an die Frauen zu geeigneter Mitarbeit. Die in Altwater von der zu gleichem Zweck einberufenen

Versammlung beschlossene Resolution gelangte zur Verlesung und fand ebenfalls einstimmige Annahme. Sie lautet: „Die Montag, den 27. Juli, in der „Herberge zur Heimat“ stattgefundene öffentliche Versammlung von Bewohnern Magdeburgs und Umgebung drückt ihre tiefste Entrüstung über das heimliche Vorgehen der Milchproduzenten des Magdeburger und Schweidnitzer Kreises aus. Die Versammlung richtet an alle Konsumenten der benannten Kreise die Bitte, den Milch- und Lebensmittelverteilern dadurch ihr volkseindliches Handwerk zu legen, daß alle Familien und Haushaltungen so lange den Bezug von Milch einstellen, bis das konsumierende Publikum den von den Agrariern geführten Schlag abgewehrt hat. Ein paar Tage festes Aushalten wird den Konsumenten den Sieg über die volks- und arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Lebensmittelverteilern bringen. Es wird empfohlen, die Zeit bis zum 15. August auszunutzen und durch große Profetversammlungen den Angriff der Agrarier zu scheitern zu machen.“

Verbands-Teil.

* Brandenburgisch-Niederschlesischer Ausbreitungsverband.

Vorort Spremberg.
Wie schon bekannt, findet unser diesjähriger Delegiertentag am 28. August zu Drebkau, vormittags 11 Uhr, im Schützenhause statt. Da die Tagesordnung sehr interessant und reichhaltig ist, ist es Pflicht aller unserem Verbands angehöriger Ortsvereine, einen Delegierten zu entsenden und uns sofort bekannt zu geben. Insbesondere bitten wir auch die nahegelegenen Vereine, sich zahlreich am Delegiertentage zu beteiligen.
Alle Anfragen und Briefsendungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Der Vorstand.
J. A. P. Matthisch, Sekretär,
Spremberg, Schützenstr. 1.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus.
— **Gewerksvereine-Liebertafel (G.-D.).** Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Liebungsmilde in Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Nächste Sitzung am Freitag, 4. September bei Radau, Waldstraße 58. — **Sonntagsabende.** 15. August. **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend und Kohlenbestellung bei Radau, Waldstraße 58. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Kreiberg, Zeltwerstr. 8, Versammlung mit Damen. L.-D.: Protokoll, Monatsberichte, Vortrag des Herrn Dr. Kronjohn: „Ist sexuelle Aufklärung für die breiten Massen des Volkes notwendig?“ Nachdem Fidelitas und Lang. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/223. L.-D.: Monatsbericht, Vortrag des Technikers Kollegen Burdardt über „Eisenhüttenkunde“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen, Steintinerstr. 50. Bildbilder-Vortrag: „Die Reise um die Welt“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Dsm. Berliner, Brunnenstraße 148. L.-D.: Monatsbericht, Vortrag über Gewerkschaftswahl. Referent Kollege Joseph. Bildbilder-Vortrag, Kohlenbestellung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII.** Mittwoch, 26. August, abends 8—10 1/2 Uhr Vortragabend bei Lehmann, Brunnenstraße 119. Punkt B: Sachliche Ausbildung. Das Gewerksvereinsprogramm.

Orts- und Bezirksverbände.
Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz Schulze-Mattler, Distriktsklub. — **Nachden (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leudter, Ecke Gassenmangel und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Büttmanns Hotel, Poolstraße, Distriktsklub. — **Spanbau (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, ab. 8 Uhr im Vereinslokal zur Palme, Ritterstr., Sitzung. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. H. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstrassen-Ecke. — **Nachden (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachden, Kesselfant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eilbergasse. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Beckstr. 120. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Bankeimerstraße. — **Mülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Joh. Müller, Sandstraße 88.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hamburg-Altona (Ortsverband). Rechtsauskunftsstelle bei Schmidt, Hamburg 30, Belle-Alliancestr. 62, 68. 8 I. Sprechstunden Dienstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr abends.

Dresden (Ortsverband). Heimberger, I. Vorsitzender, Dresden-N., Ritterstr. 21. Heißer, II. Vorsitzender, Dresden-N., Terrassen-Ufer 28.

Literatur.

Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen über soziale Reformfragen. Herausgegeben von dem Vorstande der Hessisch-Nassauischen Gewerksvereine der Gesellschaft für soziale Reform.

I. Band Heft 1. Arbeitstarifverträge. Zwei Vorträge. Von Dr. Walter Zimmermann, Privatdozent an der Universität Berlin, und Rechtsanwalt Dr. S. Singheim, Frankfurt a. Main. Preis 60 Pfg.

I. Band Heft 2. Dringende Reformpunkte der deutschen Arbeiterversicherung. Vortrag von Dr. Fritz Stier-Somlo, a. o. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Bonn. Mit einem Nachwort: Die Reform der deutschen Arbeiterversicherung. Von Dr. jur. et phil. Wagnau Biermer, ordentl. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen. Preis 80 Pfg.

Die in diesen Heften behandelten aktuellen sozialen Thematika müssen Arbeitgeber sowohl als Arbeitnehmer auf das höchste interessieren, da sie Fragen betreffen, die zu den unstrittensten, vitalsten gehören, welche jetzt im Vordergrund der sozialen Bewegung stehen und demnächst auch den Reichstag beschäftigen werden. Wenn nun außerdem diese Fragen von so maßgebenden Autoritäten مطرحiert werden, so ist es ganz naturgemäß, daß diese Broschüren auch die Beachtung derjenigen weiteren Kreise finden, welche Herz und Verstand für die soziale Bewegung überhaupt haben. Wir empfehlen diese interessanten Broschüren auf das angelegentlichste.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine erschien:
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908
von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzendem des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).
Motto: Ein Volk, ein Recht!
Diese 80 Seiten 8° umfassende Schrift sollte jeder Gewerksvereiner lesen und für den praktischen Gebrauch zur Hand halten. Mindestens sollte jedes Ausschussmitglied sich für die Versammlungstätigkeit daraus informieren. Um dies zu ermöglichen, haben wir den Preis für unsere Mitglieder auf 80 Pfg. für das Exemplar festgesetzt. 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
Wir bitten um recht zahlreiche Aufträge. Das Geld ist mit der Bestellung an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223 einzulösen. Die Bestellung kann auf dem Postabschnitt erfolgen. Postanweisungen bis 5 Mk. kosten nur 10 Pfg.

Verbandsgenossen
läuft
niemals nach  8 Uhr abends
und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachtarbeitsgesetzes.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.
Verbandsgenossen!
Allen nach Berlin kommenden **Verbandsgenossen** empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierräume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Duerghäude.
Das Bureau des Zentralrats.

M. Magdeburg (Bauhandwerker). Durchreisf. 75 Pfennig bei E. Schröder, Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Ratharinenstraße 2/8 II.
Neusalz (Ortsverb.). Durchreisf. Reimere, Friedrichstraße 86.

Hohenhausen a. Umgegend (Ortsverband). Durchreisf. Gewerksvereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrick Kohl, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Kempnermeister Schreier, Lignersstraße.

Lüdenscheid (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüfung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrick Ehrlig, Weßlauferstr. 20.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel in Steigens-Rohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Ehern. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Rasse beim Verbandskassierer W. Romalowski, Ehern, Heiliggeiststr. 7/9.